



Zollikofen, 20. August 2011

Eingereicht am:	22.08.'11/08 <sup>09 Uhr</sup>
Erheblich erklärt am:	24.08.'11
In Postulat umgewandelt am:	.....
Erliebt am:	.....

### Dringliche Motion

## „AKW Mühleberg – unabhängig überprüfen und nur sicher wieder ans Netz!“

Der Gemeinderat wird aufgefordert bei den Verantwortlichen der zuständigen Bewilligungsbehörde des Bundes und bei der Bernischen Kraftwerke AG (BKW) sofort dahin gehend zu intervenieren, dass das Atomkraftwerk Mühleberg erst nach Vorliegen eines externen, unabhängigen und verbindlichen Sicherheitsgutachtens wieder in Betrieb genommen wird.

Es wird Dinglichkeit verlangt: Bereits im September will die BKW das Atomkraftwerk (AKW) Mühleberg wieder ans Netz anschliessen.

### Begründung

Zollikofen liegt in der Risikozone 2 des AKW Mühleberg und ist damit besonders auf den höchst möglichen Sicherheitsstandard für den Betrieb des AKW angewiesen. Eine unmissverständliche Stellungnahme des Gemeinderats an die Verantwortlichen liegt daher im ureigenen Interesse der Gemeinde.

Die BKW will das AKW Mühleberg im September wieder in Betrieb nehmen. Die Beurteilung von unabhängigen Fachleuten zeigt, dass die Anlagen ungenügend gegen Hochwasserereignisse geschützt sind und dass der Zustand des Reaktormantels keinen sicheren Betrieb zulässt.

Für die verantwortlichen Behörden auf allen Stufen muss aber die Sicherheit der Bevölkerung in jedem Fall vor den finanziellen Interessen des Energiekonzerns stehen.

Sorgen bereitet der SP Zollikofen, dass die eidgenössische Aufsichtsbehörde ENSI ihre Aufsichtspflicht bisher ungenügend wahrgenommen hat. Aufgrund eines Ereignisses bei einem französischen AKW hatte sie seit einem Jahr die nötigen Hinweise, dass auch im AKW Mühleberg das Kühlsystem ungenügend gegen die Folgen eines Hochwasserereignisses geschützt ist. Trotzdem leitete die Aufsichtsbehörde keine Massnahmen ein. Damit hat das ENSI das Vertrauen der Bevölkerung verloren.

Als Gutachter müssen neutrale Fachstellen eingesetzt werden, deren Mitarbeitende keine persönlichen Beziehungen zu den Energiekonzernen und kein persönliches Interesse am Weiterbetrieb der AKW in der Schweiz haben.

Hans-Jörg Rhy (SP)

\* Änderung anlässlich der  
GGR-Sitzung vom 24.8.'11/ym